



3. POLITISCHER KRISENBERICHT / UKRAINE

Chaos in Kiew Der Koalitionsspoker geht weiter

von Ralf Wachsmuth und André Drewelowsky,
Außenstelle Kiew

Kiew, 17. Juli 2006

Wieder einmal könnte sich das Blatt in Kiew wenden. Am 12. Juli begannen bei Präsident Juschtschenko Verhandlungen zwischen Nascha Ukraina, Partei der Regionen und Sozialisten. Zunächst dementierte Nascha Ukraina zwar diese Information, doch am Nachmittag des 12. Juli verließ der noch amtierende Premierminister Jurij Jechanurow plötzlich eine Regierungssitzung mit der Erklärung, er müsse Koalitionsverhandlungen mit Janukowytsch beiwohnen. Am 13. Juli ruderte die Pressesprecherin des Blockes Nascha Ukraina, Tetjana Mokridi, zurück und erklärte, es habe sich nicht um Koalitionsgespräche, sondern lediglich um Konsultationen der politischen Kräfte mit dem Präsidenten gehandelt.

Während sich der wie immer zaudernde und unentschlossene Präsident Juschtschenko noch immer nicht entscheiden kann, wie er den Gordischen Knoten der ukrainischen Politik lösen soll, liefern sich die Abgeordneten der Werchowna Rada Schlägereien und ge-



Eine von vielen Handgreiflichkeiten zwischen ukrainischen Parlamentsabgeordneten der Fraktionen BJUT und Partei der Regionen, hier am 11. Juli. Am 13. Juli störten Abgeordnete von BJUT und Nascha Ukraina die Parlamentssitzung mit Sirenen.

ben sich durch immer neue Blockadeaktionen der Lächerlichkeit preis. Begleitet wird dieses Chaos von Demonstrationen: Anhänger der am 6./7. Juli gebildeten „Anti-Krisen“-Koalition (Partei der Regionen, Kommunisten, Sozialisten) fordern vor der Werchowna Rada



Kiew kocht. Oben: Anhänger der Partei der Regionen, der Kommunisten und der Sozialisten demonstrieren für Viktor Janukowytsch vor der Werchowna Rada.

Unten: Auf dem Kiewer Maidan haben der Block Julia Timoschenko und die Bürger-Partei PORA ihre Zelte aufgeschlagen.



die Ernennung Viktor Janukowytschs zum Premierminister, während Befürworter des Blockes Julia Timoschenko (BJUT) vor dem Ministerkabinett und auf dem Kiewer Maidan (dem aus Revolutionszeiten bekannten Platz der Unabhängigkeit) für die Auflösung des Parlaments demonstrieren. Auch die revolutionserfahrenen Mitglieder der jungen Bürger-Partei „PORA“ (einst das „Fußvolk der Orangen Revolution“) haben auf dem Maidan wieder ihre Zelte aufgestellt. Interessanterweise ist Nascha Ukraina bei den Protestaktionen nicht zugegen: dies ist symptomatisch für eine Partei, die führungslos, orientierungslos und ohne Konzept dem politischen Abgrund entgegen taumelt.

Wenn die Werchowna Rada nicht in der Lage sein sollte, bis zum 25. Juli eine Regierung zu wählen, hat Präsident Juschtschenko das Recht, das Parlament aufzulösen und Neuwahlen auszurufen.

Juschtschenko muss sich entscheiden

Experten sehen zurzeit vier mögliche Zukunftsszenarien, um das Land aus der bedauernden Lage heraus zu führen:

1. Anerkennung der „Anti-Krisen-Koalition“

Präsident Juschtschenko erkennt die „Anti-Krisen“-Koalition aus Partei der Regionen, Kommunisten und Sozialisten an und schlägt dem Parlament Viktor Janukowytsch als Premierministerkandidaten vor. Sowohl BJUT als auch Nascha Ukraina würden in diesem Falle in die Opposition gehen. Dass jedoch Juschtschenko der Rückkehr Janukowytschs, seines einstigen Erzfeindes, auf den Posten des Ministerpräsidenten zustimmt und damit praktisch seine Ohnmacht eingesteht, ist



Präsident Juschtschenko denkt und denkt und denkt. Seine unentschiedene Haltung lähmt die ukrainische Politik.

kaum zu erwarten. Am 13. Juli schickte Juschtschenko dem Parlament die Botschaft, die „Anti-Krisen“-Koalition sei auf rechtswidrige Weise entstanden. Laut Geschäftsordnung der Werchowna Rada hätten die Sozialisten Nascha Ukraina und BJUT zehn Tage vor der Verkündung der neuen Koali-

tion mit der Partei der Regionen und den Kommunisten von ihrer Absicht, die ‚orangene Koalition‘ zu verlassen, informieren müssen. Eine derartige Ankündigung habe es jedoch nicht gegeben. Es ist zu vermuten, dass Juschtschenko die juristischen Spitzfindigkeiten mit dem Ziel ins Feld führt, Nascha Ukraina neuen Spielraum bei den Verhandlungen mit der Partei der Regionen zu verschaffen und den Druck auf die Partei der Regionen zu erhöhen. Diese aber denkt nicht daran, auf Janukowytsch zu verzichten, den sie erst kürzlich auf einem Parteitag zum Kandidaten gekürt hatte. Ganz im Gegenteil: sie ist optimistisch, bis zu 300 Abgeordnete, darunter etwa 60 Überläufer aus Nascha Ukraina und BJUT, für ihre Koalition gewinnen (kaufen – *Anm. der Autoren*) zu können und behält ihre harte Verhandlungsposition bei. Ein Minimum von 300 Abgeordneten (2/3-Mehrheit) wäre auch notwendig, um ein Veto des Präsidenten zu überstimmen. Dass Juschtschenko von seinem Vetorecht Gebrauch machen würde, liegt auf der Hand, da dies das einzige Mittel wäre, die „Anti-Krisen“-Koalition aus den Angeln zu heben. Die Drohung, Gesetze nicht zu unterschreiben, hat er zwar noch nicht ausgesprochen, sie ist aber neben der Androhung von Neuwahlen wohl das probateste Mittel, Druck auf die Partei der Regionen auszuüben.

2. Koalition Nascha Ukraina und Partei der Regionen

Es wird trotz aller bisherigen Dementis eine ‚große Koalition‘ aus der Partei der Regionen und Nascha Ukraina gebildet. Diese Lösung scheint nur möglich, wenn Viktor Janukowytsch bereit wäre, zugunsten eines anderen Kandidaten auf den Premierministerposten zu verzichten. Die Forderung Jurij Jechanurows, seine erneute Premierministerschaft als Grundvoraussetzung für Verhandlungen mit der Partei der Regionen zu machen, wird sich nicht mehr durchsetzen lassen. Noch vor wenigen Wochen war die Partei der Regionen bereit gewesen, Jechanurow als Premierminister zu akzeptieren. Janukowytsch war be-

reit, sich mit dem wichtigen Posten des Parlamentssprechers zufrieden zu geben. Diese Chance wurde zur Überraschung der meisten politischen Beobachter von Nascha Ukraina leichtfertig verspielt. Damals war von einer Regierungsbeteiligung der Kommunisten oder Sozialisten keine Rede gewesen. Die Situation heute ist eine andere. Die Kommunisten müssten freiwillig ihren Platz in der „Anti-Krisen“-Koalition räumen. Gegen eine entsprechende ‚Entschädigung‘ wären sie sicher bereit, in die Warteposition zu gehen und der Partei der Regionen als Drohkulisse gegenüber Nascha Ukraina ihre Dienste anzubieten. Neuwahlen sind für sie keine Alternative. Sie sind Realisten genug zu erkennen, dass ihr politisches Überleben auf dem Spiel steht. Daher haben sie schon ihre Bereitschaft signalisiert, auf eine Regierungsbeteiligung zu verzichten, wenn man ihnen im Gegenzug Vorsitze in einigen Parlamentsausschüssen anböte.

Die blau-orangene Koalition war am 12. Juli für kurze Zeit noch einmal in den Bereich des Möglichen gerückt, nachdem Nascha Ukraina und die Partei der Regionen bei Präsident Juschtschenko miteinander verhandelt hatten. Doch am 13. Juli erklärten mehrere Vertreter von Nascha Ukraina, darunter Außenminister Borys Tarasjuk, dass Koalitionsgespräche mit der Partei der Regionen aufgrund zu unterschiedlicher Positionen unmöglich seien. Dennoch ist der Faden zwischen Blau und Orange offenbar nicht ganz gerissen. Nach inoffiziellen Angaben laufen die Koalitionsverhandlungen zwischen Nascha Ukraina und Partei der Regionen weiter.

In einem solchen Szenario – einer Koalition der Partei der Regionen mit Nascha Ukraina – wären die Sozialisten theoretisch ebenfalls überflüssig. Praktisch wäre es aber sinnvoll, sie weiterhin im Boot zu halten, um eine sichere Parlamentsmehrheit zu haben. Im Augenblick scheint die Sozialistische Partei gespalten zu sein: Einige Abgeordnete um den amtierenden Innenminister Luzenko herum

verweigern eine Kooperation mit der Partei der Regionen.

Noch gespaltenere ist Nascha Ukraina. Diese Partei, die Ende März vergangenen Jahres angetreten war, die größte Mitte-Rechts-Partei der Ukraine und Vertreter der Politik des Präsidenten im Parlament zu werden, ist in einem bemitleidenswerten Zustand der Auflösung. Niemand vermag zu sagen, wer in dieser Partei, geschweige denn in der Fraktion gleichen Namens, das Sagen hat. Ist es der Vorsitzende Roman Bessmertny, der unbedachter Weise nach dem überraschenden Seitenwechsel von Moros den Gang in die Opposition angekündigt hatte und sogar über eine gemeinsame Liste mit BJUT philosophierte? Ist es Poroschenko, der seinen Traum, Parlamentspräsident zu werden, in letzter Sekunde begraben musste, oder ist es der amtierende Premierminister Jechanurow, der offensiv eine Koalition mit der Partei der Regionen propagiert? Wer aus dieser gespaltenen Truppe sich für eine Koalition mit der Partei der Regionen und unter welchen Bedingungen erwärmen würde, oder wer es vorzieht, in die Opposition zu gehen, ist derzeit unklar.

Das bedeutet wiederum, dass eine ‚große Koalition‘ bestenfalls eine Koalition aus Partei der Regionen, einer Schrumpf-Nascha Ukraina und einer Schrumpf-Sozialistischen Partei wäre. Ob eine solche Wackel-Koalition der Weisheit letzter Schluss für eine stabile Regierung ist, kann bezweifelt werden. Dennoch: an einer Beteiligung der Partei der Regionen geht kein Weg vorbei.

3. Kommt es zu einer ‚orangenen‘ Versöhnung?

Es gibt Optimisten, die an eine Versöhnung der ‚orangenen‘ Kräfte glauben. Nach Meinung von Rechtsexperten ist die ‚orangene‘ Koalition de jure noch in Kraft, weil es keine zwei Koalitionen gleichzeitig geben kann. Das bedeutet, dass die Wahl von Moros als Parlamentspräsident genauso illegal war wie alle Entscheidungen der neuen Koalition seit

dem 6. Juli. Mit juristischen Spitzfindigkeiten glaubt man den Sozialisten eine Brücke bauen und zur Rückkehr in den Schoß der ‚orangenen Koalition‘ bewegen zu können.

4. Parlamentsauflösung und Neuwahlen

Vor diesem deprimierenden Hintergrund gewinnen die Vorstellung einer Parlamentsauflösung und die Ausrufung von Neuwahlen an Attraktivität, allerdings nur auf den ersten Blick. Neuwahlen sollten nur dann ernsthaft in Betracht gezogen werden, wenn stabile Verhältnisse daraus entstehen. Dies scheint nicht der Fall zu sein. Nach den letzten Meinungsumfragen des Socis-Zentrums fallen 31% der Stimmen auf Janukowytsch, 19% auf Timoschenko, 8% auf Juschtschenko, 5,5% auf Moros, Symonenko würde 3,5% und der Block Vitrenko 3,3% auf sich vereinen. Das Rating von Juschtschenko ist also nochmals gefallen. Der Präsident ist auf dem besten Weg, den Negativrekord von Kutschma am Ende von dessen Amtsperiode einzustellen, und das bereits nach 18 Monaten. Das Ansehen seiner Partei, in der weit und breit weder ein charismatischer Spitzenkandidat noch eine starke Führungspersönlichkeit zu erblicken ist, die die Partei und Fraktion zusammenhalten und es mit Janukowitsch oder Timoschenko aufnehmen könnte, dürfte noch niedriger liegen.

Das Land ist auch hinsichtlich der Teilnahme von Nascha Ukraina an der „Anti-Krisen“-Koalition gespalten. Im Osten des Landes, in Donezk, Dnipropetrowsk und Simferopol, sprechen sich immerhin 50% der Befragten dafür aus. Im Westen hingegen, in Lwiw und Vinnytsja, unterstützten nur 23 bzw. 25,5% eine Beteiligung von NU, in Kiew 30%. Sollten der Osten und Süden etwa eher bereit sein als der Westen, den Graben zwischen den ‚blauen‘ und ‚orangenen‘ Oblasten zu überwinden?

Die oben genannten Umfrageergebnisse erklären die plötzliche Bereitschaft von Nascha

Ukraina, mit BJUT eine Listenverbindung einzugehen.

Sollte die Wahlallianz Nascha Ukraina tatsächlich nur circa 5% der Stimmen erhalten, würde ihre Fraktion auf etwa 24 Abgeordnete schrumpfen (gegenwärtig etwa 80). Sollte sich Timoschenko aber auf eine gemeinsame Liste einlassen und die Ergebnisse der März-Wahl die Grundlage für die Quotenregelung sein, was angesichts der gegenseitigen Demütigungen im Laufe des Wahlkampfes und während der Koalitionsverhandlungen unwahrscheinlich ist, stünde Nascha Ukraina erheblich besser da. Um dem Präsidenten und Nascha Ukraina eine Parlamentsauflösung schmackhafter zu machen, bot Julia Timoschenko sogar an, im Falle eines ‚orangenen‘ Wahlsiegs unabhängig vom Abschneiden von NU dieser Fraktion 50% der Regierungsämter zu überlassen. Bleibt die Frage, was passiert, wenn ein weiterer Koalitionspartner benötigt würde. Erhielte dieser dann keine Posten? Dieses 50-50-Angebot scheint ein Akt der Verzweiflung zu sein und zeigt, dass Timoschenko sich nicht damit abfinden kann, nun möglicherweise nicht an die Macht zu kommen.

Die Kapitulation von NU würde zwar zu einer höheren Zahl von Abgeordneten führen, die Partei aber letztendlich obsolet machen. Im Schatten von Julia Timoschenko kann nichts Eigenständiges gedeihen. Eine Allianz der Frustrierten (Timoschenko und Poroschenko) im Kampf gegen die Partei der Regionen: wer hätte vor dem 6. Juli an einen solchen Treppenzwischengang geglaubt? Unabhängig davon, ob Nascha Ukraina eigenständig oder in einer Listenverbindung mit BJUT an Neuwahlen teilnimmt oder ob die Partei (und mit ihr die Fraktion) sich in welcher Koalitionsform auch immer der Partei der Regionen anschließt, um die Zukunft der Partei ist es schlecht bestellt.

BJUT ist in der Tat die einzige Gruppierung, die von Neuwahlen profitieren kann. Julia Timoschenko lehnt jede Zusammenarbeit mit der Partei der Regionen kategorisch ab und nimmt die Rolle der Opposition im Parlament

mit großem Engagement wahr. Sie ist überzeugt, dass Juschtschenko am Ende nichts anderes übrig bleibt, als zum Instrument der Neuwahlen zu greifen. Die „Ikone der Revolution“ steht bereits in den Startlöchern. Ob sie sich zu einer „Ikone der Demokratie“ entwickeln wird, steht auf einem anderen Blatt.

Neuwahlen spalten das Land

Sollte es zu Neuwahlen kommen und Nascha Ukraina sich tatsächlich dazu durchringen, gemeinsam mit dem Block Julia Timoschenko anzutreten, würde sich der bevorstehende Wahlkampf zu einem Duell Timoschenko/Janukowytsch entwickeln. Nascha Ukraina würde in der von BJUT dominierten Listenverbindung untergehen. Die Sozialisten würden es kaum noch schaffen, die 3%-Hürde zu überspringen, da sich die Mehrheit ihrer Wähler nach dem Moros'schen Verrat an der ‚orangenen Koalition‘ BJUT zuwenden dürfte. Sollten es auch die Kommunisten aufgrund ihrer passiven, opportunistischen Haltung im Machtkampf der letzten Tage den Einzug ins Parlament verfehlen, wäre es möglich, dass im neu gewählten Parlament nur noch zwei Fraktionen vertreten sind: BJUT/Nascha Ukraina und die Partei der Regionen.

Man kann es auch anders ausdrücken: der Westen und das Zentrum des Landes auf der einen Seite und der Süden und Osten auf der anderen stehen sich gegenüber. Man braucht kein Prophet zu sein, um eine Schlammeschlacht zu prognostizieren, wie sie es in der Ukraine noch nicht gegeben hat. Die Partei der Regionen wird mit allen Mitteln versuchen, die Wählerschaft von BJUT/Nascha Ukraina in den von ihnen dominierten Oblasten einzuschüchtern. Andersherum werden BJUT/Nascha Ukraina die Arbeit der Partei der Regionen und der mit ihr sympathisierenden Parteien und Gruppierungen im Westen und im Zentrum behindern.

Die Strategie des westlich orientierten Blocks könnte so aussehen, dass Nascha Ukraina als schwächstes Glied hauptsächlich in den oh-

nehin ‚sicheren‘ Gebieten operiert, während sich Timoschenko mit ihren Anhängern im ‚feindlichen‘ Osten und Süden ins Getümmel stürzt. Die Ausgangslage in diesen Gebieten ist schlecht: BJUT und NU kamen in den von den ‚Blauen‘ dominierten Oblasten bei den letzten Wahlen im Schnitt auf 9,5 bzw. 5,2% (mit dem schlechtesten Ergebnis in Donezk: dort stimmten für BJUT nur 2,5% und für NU nur 1,4% der Wähler).

Noch haben die zerstrittenen Parteien und der Präsident bis zum 25. Juli Zeit, eine Entscheidung herbeizuführen. Die Zentrale Wahlkommission ist nach Aussage ihres Vorsitzenden bereit, nach der Auflösung des Parlaments innerhalb von 60 Tagen Neuwahlen ordnungsgemäß durchzuführen.

Kiew im Visier von Moskau und Washington

Die gegenwärtige Regierungskrise ist hausgemacht und kann auch nur von den Ukrainern selbst gelöst werden. Die Situation ist kompliziert und eine einfache Lösung ist nicht in Sicht. Es geht zunächst einmal um die Bildung einer möglichst stabilen neuen Koalition, die im Idealfall das Land einen und nicht weiter spalten soll.

Auch das Ausland hat ein großes Interesse an einer stabilen Ukraine. Insbesondere in Washington und Moskau dürfte man den Machtpoker in Kiew allerdings aus völlig unterschiedlichen Zielrichtungen mit gemischten Gefühlen betrachten. In Kiew hält sich hartnäckig das Gerücht, die USA hätten auf Juschtschenko Einfluss genommen, die fast perfekte Einigung zwischen Nascha Ukraina und der Partei der Regionen im letzten Augenblick platzen zu lassen. Dass sich Moros später als Spielverderber herausstellen würde, hatte man allerdings nicht vorausgesehen. Die Teilnahme der Partei der Regionen an einer Regierung hätte das Ende aller NATO-Träume bedeutet und Russland wieder ins Spiel gebracht. Im schlimmsten Falle könnte der ‚Verlust‘ der Ukraine einen Dominoeffekt



Die Ereignisse in der Ukraine sind kein gutes Omen für den georgischen Präsidenten Micheil Saakaschwili.

auslösen, dem wohlmöglich auch Georgien, ein enger Verbündeter der Ukraine und der USA, zum Opfer fallen könnte. Auch der georgische Präsident steht wie Juschtschenko unter starkem innenpolitischen Druck. Den Bemühungen der USA, im postsowjetischen Raum und direkt vor der Haustür Russlands Fuß zu fassen, könnte durch eine Regierungsbeteiligung der ‚Blauen‘ oder gar der Kommunisten ein abruptes und unerwartetes Ende bereitet werden. Die baltischen Staaten sind zwar bereits NATO-Mitglieder, haben aber bei weitem nicht die strategische Bedeutung der Ukraine und Georgiens als Sprungbrett in den energiereichen vorderasiatischen Raum.

Dem Kreml andererseits graut vor einer ‚orangenen‘ Neuaufgabe unter der couragierten Timoschenko. Sie hat bereits vor den Parlamentswahlen angekündigt, den Gasvertrag vom 4. Januar platzen zu lassen und den Zwischenhändler RosUkrEnergo aufzulösen. Den russisch-ukrainischen Beziehungen stünden unter einer Premierministerin Timoschenko stürmische Zeiten bevor. Der Kreml wird daher versuchen – wie Washington auf der anderen Seite –, mit den ihm zur Verfügung stehenden Instrumenten die Wahlen in eine für ihn günstige Richtung zu beeinflussen. Der Kampf um die Ukraine geht erst richtig los.

Der Präsident ist in einer nicht beneidenswerten Situation. Doch er hat sich die Suppe, die er jetzt auslöffeln muss, selbst eingebrockt. Ein Machtwort des Präsidenten zur rechten Zeit hätte die Kontrahenten vielleicht zur Besinnung gebracht. Aber wie soll er ein Machtwort sprechen, wenn er selbst nicht weiß, was er will?

Konrad-Adenauer-Stiftung, Außenstelle Kiew

Verantwortlich: Ralf Wachsmuth

Mitarbeit: André Drewelowsky

wul. Schowkowschtschna 10/4, 01021 Kiew / Ukraine

e-mail: konrad@adenauer.kiev.ua, Internet:

www.kas.de/Ukraine